**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Freitag, 9. Mai 1947.**

**Hier sprechen die Parteien zur Wahl**

**SP. Zur kommenden Wahl. Wichtige Beschlüsse des Bezirksparteitages**

Stimmt mit Nein

Wählt Sozialdemokraten

In Anwesenheit von 200 Delegierten aus fast allen rheinhessischen Orten fand am Samstag, 26. April 1947, in Ingelheim-Süd in der Turnhalle der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinhessen statt.

Unter den geladenen Gästen waren neben den Vertretern der Militär-Regierung auch der Innenminister für Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan, der Arbeitsminister für Rheinland-Pfalz, Paul Röhle, der Regierungspräsident von Rheinhessen, Dr. Rückert, und für den Landkreis Bingen Landrat Schick erschienen.

Bei der Eröffnung gedachte die Versammlung ehrend der Toten und der Opfer des zwölfjährigen Naziterrors.

**Die politische Lage**

In einem gut ausgebauten Referat gab Journalist Günter Markscheffel einen Ueberblick über die derzeitige innen- und außenpolitische Lage und entwickelte hierzu die Stellung der Sozialdemokratischen Partei. Außenpolitisch führte er aus, sei dem deutschen Volke die Verpflichtung der Wiedergutmachung der angerichteten Schäden entstanden. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Verpflichtung sei seine eigene gesicherte Lebensmöglichkeit und das Funktionieren seiner wirtschaftlichen Grundlage. Dies habe auch die kürzlich in England unter Führung des Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, weilende Delegation unzweideutig den Vertretern der englischen Arbeiterpartei gegenüber bekundet. Die Sozialdemokratie habe bei dieser Gelegenheit und darüber hinaus grundsätzlich einen Rahmen wirtschaftlicher und politischer Notwendigkeiten umrissen, der nicht von den augenblicklich überall getragenen politischen Leidenschaften, sondern von dem gesunden Boden wirtschaftlicher Realitäten und menschlicher Vernunftsgründe bedingt war. Damit habe die deutsche Sozialdemokratie in historischer Stunde wiederum, wie so oft in ihrer Tradition, eine geschichtliche Aufgabe eingeleitet, die ihr das Vertrauen aller schaffenden Menschen sichern dürfte. Ihr Appell an die menschliche Vernunft und das menschliche Gerechtigkeitsempfinden bleibe zweifellos nicht ungehört und stelle damit den wesentlichsten Beitrag zur Schaffung eines dauerndes Völkerfriedens.

**Gegen die Verfassung**

Dem mit großem Interesse aufgenommenen Refereat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigens Teilen Deutschlands an erster Stelle eingesprungen sei, um die Schaffung einer Lebensebene für alle Menschen herzustellen. Es sei dies keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus personellen Gründen nicht laut genug ihr Dasein in Erinnerung bringen konnten, oder es noch tun, seien damals absolut unsichtbar gewesen.

Er gab dann einen Überblick über die Entwicklung des politischen Lebens mit dem Aufbau der Demokratie. Er erinnerte daran, daß dieser Aufbau von unten erfolgt sei, indem zuerst Gemeinde- und Kreistagparlamente geschaffen wurden und aus diesen Gremien sei dann die provisorische Verfassungsgebende Landesversammlung berufen worden. Der jetzt dem Volke vorgelegte Verfassungsentwurf sei deshalb auch nicht als Produkt demokratisch-gewählter Vertreter, sondern aus den Uebergangsformen zum Aufbau einer Demokratie entstanden. Wenn an dieser Verfassung der maßgebende Einfluß der reaktionären Christlich-Demokratischen Union erkennbar sei, läge es nunmehr am Volke, am 18. Mai 1947 diese Verfassung a b z u l e h n e n , ein ordentliches demokratisches Parlament zu wählen und aus diesem eine Verfassung von echt demokratischem Geist zu entwickeln.

**Unannehmbar**

Den Ausführungen des Innenministers Schloß sich ein Referat des Mitgliedes des Verfassungsausschusses, Schulrat Cronenbold, Worms, an. Seinen Bericht leitete er ein mit einem Ueberblick über die Zusammensetzung des Beratenden Verfassungsausschusses. Dieser sei aus 17 Mitgliedern der Beratenden Landesversammlung zusammengesetzt gewesen. Die Parteien seien darin durch zehn Mitglieder der CDU, fünf der Sozialdemokratischen Partei, ein Mitglied der Kommunistischen Partei und ein Mitglied der SV und LDP, vertreten gewesen. Besonders bemerkte er, daß, trotzdem die CDU sich immer als die Vertreterin aller christlichen Konfessionen öffentlich bekenne, von den zehn CDU-Mitgliedern des Verfassungsausschusses acht katholisch und nur zwei evangelisch gewesen seien.

In seinen Ausführungen gab er dann einen Ueberblick über die monatelangen Verhandlungen der Beratung des Verfassungsentwurfs. Wenn es trotz größter Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie dann nicht zur Bejahung einer Verfassung durch sie gekommen sei, so sei das mangelnde Entgegenkommen der reaktionären CDU die Ursache. Nicht nur in ihrem Verhalten, sondern auch in dem von der CDU vertretenen Verfassungsentwurf sei wenig von demokratischem Geist und demokratischer Notwendigkeit zu spüren gewesen. Bis nun der Verfassungsentwurf den Satz erhalten hatte, daß das Land Rheinland-Pfalz ein Bestandteil Deutschlands sei und demokratisch verwaltet werde, habe es schon langwieriger Verhandlungen durch sozialdemokratische Mitglieder des Verfassungsausschusses bedurft.

Ganz unüberbrückbar seien die von der CDU aufgerissenen Gegensätze in der Schul- und Erziehungsfrage.

Hier seien unserem Volks Bestimmungen auferlegt, deren Inhalt den Geist mittelalterlicher Geschichte trage. Auch in Wirtschafts- und Sozialisierungsfragen habe die CDU, aber auch die SV und LDP keinerlei Verständnis für die zeitgebundene Notwendigkeit der Verwirklichung der Sozialisierung aufgebracht. Der Verfassungsentwurf sei deshalb für die Sozialdemokratische Landtagsfraktion als Gesamtentwurf in der Schlußabstimmung u n a n n e h m b a r gewesen. Sie habe deshalb auch mit dem in der Ausgabe des „Neuen Mainzer Anzeiger“ vom 29. April 1947 veröffentlichten Entschluß den Verfassungsentwurf abgelehnt.

In der sich anschließenden Diskussion wurde der Vorschlag eingebracht, die Haltung der Landtagsfraktion auf im rheinhess[ischen] Bezirksparteitag zu billigen und diese Entschließung zu der eigenen zu machen. Dem Antrag wurde mit großem Beifall stattgegeben.

Am Abend des 26. 4. 1947 war den Besuchern des Parteitages eine sozialistische Feierstunde geboten, an deren Durchführung der Gesangverein „Freiheit“, Ingelheim, unter Leitung seines Kapellmeisters Adrian und die „Mainzer Musikgemeinschaft“ unter Leitung des Kapellmeisters Wilhelm Lutz mit einem großen Symponiekonzert sich beteiligten. Die Ingelheimer Bevölkerung selbst hatte sich in gastfreundlicher Weise durch Freistellung von Quartieren für die Gäste unterstützend eingeschaltet.

**Zur Ernährungslage**

Am Sonntag versammelten sich wiederum die Vertreter des Bezirksparteitages Vormittag 9 Uhr, um ein Referat des Landtagsabgeordneten Beckenbach über die Ernährungsfrage entgegenzunehmen. Als Mitglied des Landesernährungsausschusses berichtete er über die vom Landesernährungsausschuß vorgenommenen Bemühungen zur Sicherung und Behebung der vergangenen und gegenwärtig noch beherrschenden Ernährungsschwierigkeiten.

Den Inhalt seiner Ausführungen kleidete er in eine Entschließung, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Entschließung

„Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinhessen, der am 26. und 27. April 1947 in Ingelheim am Rhein tagte, stellte fest, daß alle bisherigen Maßnahmen aller auf dem Gebiete der Ernährung zuständigen Stellen nicht vermocht haben, das Ansteigen der Ernährungskrise zu verhindern.

Trotz des Erlasses der Landesverordnung zum Schutze der Volksernährung wird nicht verhindert, daß täglich gewaltige Mengen von Ernährungsgütern auf der einen Seite gegen Bedarfs- und Wirtschaftsgüter, auf der anderen Seite über Tausch und Schwarzhandel den Besitzer wechseln.

Es ist somit der Beweis erbracht, daß mit Polizei- und Strafmaßnahmen diese Auswüchse der großen Not n i c h t beseitigt werden können.

Wir fordern deshalb erneut, bevor unsere hungernden Volksgenossen, Flüchtlinge und Ausgebombten in Stadt und Land unbesonnene Handlungen begehen, was unsere Vertreter in der Beratenden Landesversammlung sowie im Ernährungs- und Versorgungsausschuß schon seit Monaten, insbesondere in seinen Sitzungen vom 13. Und 20. Dezember 1946, am 28. Januar 1947, und unsere Fraktion am 10. April 1947 von dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft verlangt haben:

eine straffe systematische Überprüfung der landwirtschaftlichen Anbau- und Betriebsmeldungen,

genaue Feststellung der Ablieferungmengen an Getreide, Kartoffeln, Vieh und Milch der einzelnen Betriebe durch den örtlichen Ernährungsausschuß

Prüfung der Gesamtlieferungen der Gemeinden durch den Kreisernährungsausschuß.

Restlose Einschaltung der örtlichen und des Kreisernährungsausschusses bei der Festsetzung aller neuen Umlagen 1947/48 und Mitteilung aller neuen Umlagen-Höhe an die einzelnen Betriebe vor der Ernte!

Auf der anderen Seite ist es unerläßlich, alle Bedarfs- und Wirtschaftsgüter bei den einschlägigen Geschäften, Handlungen und Fabriken zu erfassen und an diejenigen Bauernbetriebe bevorzugt abzugeben, die ihre Ablieferungspflicht anständig erfüllen und ihre Bereitwilligkeit zur Linderung der Not dadurch bewiesen haben.

Der hierfür zuständige Minister für Wirtschaft und Finanzen hat alle für diese Erfassung notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen.“

Entwicklung des Arbeitsrechts

Diesem Referat Schloß sich der Arbeitsminister Paul Röhle an. In vorzüglicher Weise wußte er die Entwicklung des Arbeitsrechtes in den Anteil des Kampfes und der Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei an dessen Verwirklichung zu schildern.

Wenn gerade die gegenseitige Katastrophe mit ihren furchtbaren Auswirkungen auch auf das wirtschaftliche Leben so außerordentlich wirkt, so sei dies ein Beweis für die Notwendigkeit der Behebung von Funktionsstörungen der kapitalistischen Wirtschaft. Diese zu beseitigen, heißt, die Sozialisierung verwirklichen. Der Weg zu diesem Ziel sei die Erhaltung und der Ausbau des Arbeitsrechtes. In seiner Verankerung liege der Grundpfeiler für die Schaffung besserer Verhältnisse und die Sicherung einer Gemeinschaft aller Menschen in einem dauernden Völkerfrieden.

Diesen Ausführungen Schloß sich ebenfalls eine lebhafte Diskussion an, die Zeugnis von der hohen Anteilnahme der Versammlung an allen Arbeitsgebieten der Tagung gab.

Der Geschäftsbericht

Der anschließend von dem Vorsitzenden Willy Hitter erstattete Geschäftsbericht und der von dem Kassierer Alfred Freitag erstattete Kassenbericht wurden von der Versammlung einstimmig gebilligt. Der seitherige Vorsitzende Willy Hitter wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt.